

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer

Mit Textauszügen und Anmerkungen
aus Anlaß der Veröffentlichung der Arbeiten von

Werner Onken mit den Titeln:

Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus

und

**Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts -
Kritische auseinandersetzung mit den Programmen
von NPD und PNOS**

von

Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Oktober 2007

Anhang 6

Text 55.6.2

(30 Seiten)

Die Zinsknechtschaft II

Brechung der Zinsknechtschaft!

Von Peter Hansen

Dr. phil.

Halle an der Saale 1931

Deutscher Freiheitsverlag

+++

Kritik der Zinspolitik der NSDAP
aus liberaler Sicht

Brechung der Zins knechtschaft!

Von
Peter Hansen
Dr. phil.

Halle a. d. Saale 1931

Verlag: Deutscher Freiheitsverlag, Halle a. d. Saale 2 Postschließfach 330

Deutschland steht am Rande des Abgrundes. Mit seiner Politik und nicht minder mit seiner Wirtschaft. Handel und Wandel liegen darnieder. Eine Fabrik nach der anderen wird stillgelegt, das Heer der Arbeitslosen beträgt heute ungefähr 5 Millionen. Und weil viele Arbeiter nichts mehr verdienen, können Bauern und Kaufleute viel weniger verkaufen. Ihre Erzeugnisse und Waren, die sie mit beträchtlichem Aufwand an Geld hergestellt und beschafft haben, bleiben unverkauft liegen. Dem Landwirt und dem Mittelstand geht das Bargeld aus. Er hat zwar in seinen Scheunen oder in seinem Laden allerlei Vorräte, doch niemand kauft sie ihm ab. Und was tut er da? — Er geht pumpen! Das ist kein schöner Ausweg, aber mancher denkt sich: „Vielleicht kann ich mich mit Krediten über die schwere Zeit halten und dann bei normalen Wirtschaftsverhältnissen wieder Ware verkaufen und bar Geld einnehmen.“ — Nimmt er jetzt keinen Kredit auf, ist er schon in vierzehn Tagen verhungert. Bekommt er aber Kredit, dann — — ist er noch lange nicht gerettet. Dann muß er einmal wucherische Zinsen zahlen, 10 Prozent und mehr, er, der nicht einmal soviel verdienen kann, um selbst davon zu leben, muß irgendeinem Geldfürsten noch 10 Prozent herauswirtschaften aus seiner kleinen Bauern- oder Mittelstandswirtschaft, die darunter endgültig zusammenbricht. Er ist Zinsknecht geworden, Sklave des Bank- und Börsenkapitals, dessen Eigner in luxuriösen Villen ein herrliches Dasein führen und keinen Finger rühren, während der versklavte Bauer oder Mittelständler sich 16 und mehr Stunden am Tag abrackern muß, um den Zins zu erarbeiten, um sein väterliches Erbe vor Versteigerung und seinen Namen vor Schande zu schützen. Kein Wunder, daß das erbittert, daß die Wut der Zinsklaven gegen ihre Ausfanger von Tag zu Tag, von Woche zu Woche

50W
216111680
JK
31
891 891 ST
W828282828
ST 101 101 101

wächst. Und kein Wunder, daß sie mit Freuden begrüßen, wenn endlich Parteien und politische Führer sich ihrer Not annehmen. Sie lauschen der Heilsbotschaft von der Brechung der Zinsknechtschaft, die eine große deutsche Partei heute auf ihre Fahnen geschrieben hat und die sie verwirklichen will, wenn sie die Macht im Staate besitzt. Bis dahin aber soll nach dem Antrag dieser Partei, der Nationalsozialisten, der Zinsfuß wenigstens gesenkt und auf einen Höchstfuß von 4% festgesetzt werden. Auch das ist schon eine gewaltige Erleichterung. Jeder Schuldner spart 6% und mehr an Zinsen, er kann sich wieder rühren, faßt wieder Vertrauen, neuer Unternehmungsgeist kann sich ausbreiten, die Krise wird allmählich gemildert und überwunden, und all das geht auf Kosten lediglich jener kleinen Gruppe von Menschen, die ohnehin genug zum Leben hat, nichts arbeitet und von den Zinstitributen der eigentlich Schaffenden lebt.

Ja, wird mancher fragen, warum ist man da nicht schon früher drauf gekommen? War dieser Ausweg wirklich so schwer zu entdecken oder hat die Bosheit der Geldfürsten es zu verhindern verstanden, daß diese Ideen ins Volk dringen? Konnte nicht wenigstens schon eine Zinssenkung in Angriff genommen werden, wenn auch eine völlige Brechung der Zinsknechtschaft heute noch nicht möglich ist?

I. Die Folgen der Zinssenkung

Wie wirkt sich eine Zinssenkung aus? Was sind ihre Folgen? Vermindert sie nicht die Gesamtsumme der für Kredite zur Verfügung stehenden Gelder, weil sie das Sparen unrentabler macht und so den Sparwillen der Menschen hemmt?

Die Bildung neuer Ersparnisse wird von der Senkung des Zinses wenig berührt. Eine schädliche Wirkung ist also in der That kaum zu befürchten. Es gibt zwar Menschen, die weniger sparen, wenn sie für ihr Spargeld nur mehr geringeren Zins erhalten. Andere aber handeln umgekehrt. Wenn ihr Zinseinkommen kleiner wird, so versuchen sie erst recht, mehr zu sparen, um es wieder auszugleichen.

Es kommt aber nicht nur darauf an, daß neue Ersparnisse gemacht werden. Wir müssen auch wissen, wie sie verwendet werden und ebenso, was mit den anderen, bereits vorhandenen Geldern geschieht. Werden sie von den Geldgebern in gleicher Weise angelegt wie bisher, oder ändert sich da etwas?

Wer Geld hat, kann damit alles mögliche machen. Er kann es ausgeben und er kann es anlegen. Er kann es nicht nur in einer, er kann es in den verschiedensten Weisen anlegen, und er wäre ein Narr, wenn er sich nicht die einträglichste Anlage aussuchen würde. Durch eine Senkung des Darlehenszinses wird also das Geld vom Darlehensmarkt verschwenkt und anderen einträglicheren Anlagen zugeführt.

Zunächst wandert es ins Ausland ab. Auslandsgelder, die bei höherem Zinsfuß zu uns gekommen sind, werden infolge der Zinssenkung gekündigt, andere im Ausland zurückgehalten. Zwar ist gegenwärtig der Zinsfuß im Ausland viel niedriger als in Deutschland, er wäre es vielleicht noch nach einer Zins-

senkung bei uns. Aber die Anlage von Geldern in Deutschland gilt allgemein als unsicherer als im ruhigeren Ausland, das keine Reparationen zu zahlen hat. Bei gleicher Verzinsung würde also die Anlage in Deutschland nicht verlockend erscheinen. Im Falle einer Zinssenkung würde also Kapital aus Deutschland abwandern und keine neuen Gelder hereinkommen. Grenzsperrre und drakonische Strafen helfen höchstens gegen deutsche Kapitalflucht. Gegen die Zurückziehung fremder Gelder, die unter verschlechterten Zinsbedingungen nicht in Deutschland bleiben wollen, sind sie machtlos.

Auslandsverschuldung — Vorteil oder Unglück?

Aber ist nicht vielleicht die große Verschuldung Deutschlands an das Ausland ein Unglück, so daß wir nur froh sein könnten, wenn wir auf diese Weise unsere Auslandsschulden verringern oder doch ihrem weiteren Anwachsen steuern könnten? Es ist natürlich ganz klar: Besser wäre es, wenn wir die Kapital- und Kreditnot der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft beheben könnten, wenn durch unsere eigenen Ersparnisse die Wirtschaft belebt und der Zinsfuß gesenkt würde. Aber sparen kann doch immer nur der, der etwas hat, der mehr hat, als er unbedingt braucht. Deutschland aber ist heute ein blutarmes Land, und es würde lange Zeit vergehen, bis die deutsche Wirtschaft wieder so viel Kraft hat, daß sie aus Eigenem den Bedarf an Kapital decken kann. Bis dahin aber wird die Krise bei uns erheblich gemildert durch einen Zustrom ausländischer Gelder. Sie kurbeln die Produktion an, finanzieren Arbeitsaufträge, ermöglichen Erweiterungsbauten und geben Tausenden und aber Tausenden Arbeit und Brot. Sie nützen nicht nur den großen, in der ganzen Welt bekannten Unternehmungen, die diese Kredite erhalten. Der kleine Handwerker bekommt natürlich keinen Kredit von den amerikanischen Banken. Aber sie nützen ihm indirekt. Wenn die große Fabrik in seinem Heimatsort wieder arbeiten kann, dann werden dort wieder Löhne und Gehälter ausgezahlt, dann können sich Arbeiter und Angestellte wieder einmal

Stiefel oder etwas mehr zum Essen kaufen. Der Landwirtschaft nützt übrigens der Auslandskredit manchmal auch unmittelbar dadurch, daß ihre Großorganisationen die Kredite aufnehmen und sie auf ihnen angeschlossene mittlere Wirtschaften verteilen. Darüber hinaus bleiben aber vor allem die deutschen Gelder für die Kreditbedürfnisse des Mittelstandes frei, wenn die großen Unternehmungen ihre Geldbedürfnisse im Ausland decken können. Und nicht nur das, auch die Kreditbedingungen werden dadurch erleichtert, daß jene große und übermächtige Gruppe der deutschen Kreditgeber, nämlich die Großunternehmungen, sich um deutsche Kredite nicht mehr zu bewerben brauchen. Die Anlage von ausländischen Geldern in Deutschland ist daher für die weitesten Kreise von großem Nutzen. Unermesslich wäre der Schaden, der durch die Vertreibung dieser Gelder und durch die Fernhaltung weiterer Auslandskredite in Deutschland angerichtet würde.

Kann Kapitalflucht verhindert werden?

Das Abströmen von Auslandsgeldern wäre also bei einer Zinsenkung nicht zu verhindern. Dagegen unterliegen deutsche Spargelder zweifellos der Souveränität des deutschen nationalen Willens. Es ist beschämend und empörend, immer wieder in der kapitalistischen Presse lesen zu müssen, daß eine Politik der Profitbeschneidung auch die deutschen Kapitalisten zur Kapitalflucht veranlassen werde. Als ob das selbstverständlich wäre! Selbstverständlich ist vielmehr die Herrschaft des nationalen Willens über die gesamte nationale Wirtschaft. Es ist sein Recht und seine Pflicht, sich gegen vorhandene Widerstände durchzusetzen. Aber wir müssen fragen, ob er das auch kann, ob seine Macht wirklich so weit reicht. Mit anderen Worten: Gibt es wirksame Mittel gegen die Kapitalflucht? Die Zahlungen, die Tag für Tag in absolut einwandfreier Weise infolge normaler Handelsgeschäfte ans Ausland zu leisten sind, machen so riesenhafte Beträge aus, daß sehr leicht kleinere Kapitalfluchtbeträge mit unterlaufen können. Allein aus dem Warenhandel, ohne Berücksichtigung der Zins- und

Ratenrückzahlungen für Reparationen und Auslandskredite, werden täglich im Durchschnitt etwa 40 Millionen Reichsmark aus Deutschland hinaus bezahlt. Es ist nun unmöglich, diese ungeheuren täglichen regelmäßigen Zahlungen in das Ausland im einzelnen daraufhin zu prüfen, ob sie zur Abwicklung des rechtmäßigen Geschäfts oder zur Kapitalflucht dienen. Vor allem, weil ja in der Regel der Warenkäufer, also der Industrielle, der zum Beispiel aus dem Ausland Rohstoffe bezieht, nicht direkt an den Lieferanten das Geld schickt, sondern die Zahlungen von seiner Bank an die Bank des Lieferanten erfolgen läßt. Eine gründliche Kontrolle würde nicht nur ein neues Heer von Finanz- und Steuerbeamten erfordern, sondern auch den gesamten Geschäftsverkehr mit dem Ausland ins Stocken bringen. Gerade im Zusammenhang mit der Ausfuhr ist ja Kapitalflucht am leichtesten möglich. Man braucht nur den Betrag, den das Ausland dem Fabrikanten oder deutschen Kaufmann für seine Ware schuldet, bei einer ausländischen Bank stehen zu lassen, statt ihn hereinzuholen. Der deutsche Auslandsexport, der zur Zeit ein Fünftel des gesamten Warenumsatzes ausmacht, muß aber sorgfältig geschont werden, weil er der Zweig der deutschen Wirtschaft ist, der noch am besten funktioniert und wir es uns nicht leisten können, unsere wirtschaftliche Zerrüttung noch zu vergrößern, indem wir unseren Auslandsexport gefährden.

Der Grundsatz von der Herrschaft des nationalen Willens über das deutsche Kapital und die absolute Verwerflichkeit der Kapitalflucht ist selbstverständlich; um ihn aber lückenlos durchzuführen, müßte man das Privateigentum aufheben. Damit wäre aber dem deutschen Mittelstand und dem deutschen Bauern am allerwenigsten gedient.

Aktiengesellschaften und Börsenspekulation als Nutznießer der Zinssenkung

Der deutsche Sparer oder Kapitalist braucht aber sein Geld keineswegs ins Ausland zu schicken, wenn er einem Verlust entgehen will, den eine Senkung des Zinsfußes mit sich

bringen würde. Kein Mensch zwingt ihn ja, sein Geld als Kredit gegen festen Zins anzulegen. Er kann auch die mannigfachen Formen der Beteiligung an einem fremden Geschäft wählen oder mit seinen erübrigten Geldern ein eigenes Geschäft eröffnen. Für seine Entscheidung sind maßgebend die jeweiligen Vorteile und Nachteile der verschiedenen Anlageformen. Ein Kredit ist durch das Gesetz gesichert, die Zinsen müssen gezahlt werden, ehe der Schuldner Gewinn und Einkommen für sich zurückbehalten darf. Auf der anderen Seite ist das Beteiligungsgeschäft viel unsicherer. Gar manchmal kann man dabei leer ausgehen. Bei günstiger Entwicklung wirft es aber höhere Gewinne ab, während die Zinsen für die ganze Zeit des Kreditabkommens auf einen bestimmten Satz festgelegt sind. Das Kreditgeschäft bringt also größere Sicherheit und Gleichmäßigkeit, die Beteiligung zwar größere Verlustgefahr, aber auch größere Gewinnmöglichkeiten. Wird nun der Kreditzins gründlich gesenkt, so verschieben sich für manchen Kapitalisten die Aussichten zugunsten der Beteiligung oder des eigenen Geschäftsbetriebes. Es würden dann zwar keineswegs alle, wohl aber ein mehr oder weniger großer Teil der Kredite gekündigt, um einer lohnenderen Anlage zugeführt zu werden.

Das wäre aber eine Katastrophe für diejenigen, denen durch die Zinssenkung gerade geholfen werden soll, nämlich für die mittelständischen Kreditnehmer. Und zwar in doppeltem Sinne: Einmal wird ihnen selbst der Kredit entzogen, und zum anderen wird das ihnen entzogene Geld benützt, um ihre Konkurrenz zu stärken. Das braucht nun nicht immer so auszusehen, daß die Zahl der kleinen Geschäftsbetriebe vermehrt wird. Dazu hat nicht jeder Kapitalist Lust und Möglichkeit. Aber er wird einen anderen Weg gehen, der für den selbständigen Mittelständler vielleicht noch viel gefährlicher ist. Der Geldgeber wird sich mit seinem Geld an einer Aktiengesellschaft beteiligen, also ihre Aktien kaufen und so der Gesellschaft neue Geldmittel zuführen. Das Geld würde also nicht nur den kleinen Geschäftsleuten entzogen, sondern ihren schärfsten, weil leistungsstärksten Konkurrenten, den Großunternehmungen, zugeführt werden. Das Waren-

haus könnte mit dem Geld arbeiten, das sonst dem mittelständischen Kaufmann zur Verfügung stände, die Aktienbank mit den Geldern der Mittelstandsparkasse, die Fabrik mit denen des selbständigen Handwerkers. Die Aktiengesellschaften könnten neue Aktien herausgeben und so das Geld an sich ziehen. Unterlassen sie das, dann strömt das Geld zur Börse und treibt dort auf dem Aktienmarkt die Kurse in die Höhe. Die Aktiengesellschaften haben davon nichts, das Geld fließt in diesem Falle nicht der Produktion zu, sondern den privaten Verkäufern und bisherigen Inhabern der Aktien. Es wird eine allgemeine Spekulationswelle ausgelöst. Man kann sogar genau den Punkt angeben, bis zu welchem die spekulative Bewegung fortschreiten muß. Der Zustrom zum Aktienmarkt treibt die Kurse in die Höhe; je höher aber der Einkaufspreis für einen neuen Aktionär, um so geringer ist für ihn, gemessen an seinem Kaufpreis, die Dividende. Wenn also eine Aktie regelmäßig eine Dividende zum Beispiel von 8 Prozent trägt und ursprünglich 1000 RM. kostete und wenn nun durch staatliche Senkung des Kreditzinses auf 4 Prozent Gelder vom Kreditmarkt auf den Aktienmarkt getrieben werden, so steigt der Kurs auf 200 Prozent oder 2000 RM., so daß die Dividende von 8 Prozent für denjenigen, der das Papier jetzt mit 2000 RM. bezahlt, tatsächlich nur eine 4prozentige Verzinsung bringt. So folgt also aus der Zinsermäßigung eine spekulative Beteiligung weiterer Schichten am Börsenspiel, die so lange anhält, bis die erhöhten Kurse keinen Verzinsungsvorteil mehr gewähren. Nur der Zwischenhandel und die früheren Besitzer haben dann einen Vorteil davongetragen, also diejenigen, die im Laufe des Kursanstiegs verkauften. Zum Schluß bliebe als einzige Wirkung am Kreditmarkt ein Mangel an Geld zuungunsten der Kreditsuchenden zurück.

Zinsenkung — zu wessen Lasten?

Und nun müssen wir auch einmal fragen, zu wessen Lasten die Zinsenkung eigentlich geht. Wer sind die dadurch getroffenen Gläubiger? Gedacht ist die Zinsenkung als ein Schlag gegen die Geldmächte, gegen Banken, Großkapita-

listen und sonstige Zinsbereuen. Sie sind in der That die unmittelbaren Ausleiher des Geldes und Empfänger des Zinses, an sie hat der verschuldete Kaufmann oder Bauer zu zahlen. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß sie, vor allem die Banken, auf der anderen Seite selbst Kredite nehmen und Zinsen zahlen: sie sind Zwischenhändler mit Geld. Die großen Kreditinstitute sind die Sammelbecken, in die gleichsam aus Millionen von Einzelrinnfallen sich all die großen und kleinen Ersparnisse ergießen; von hier aus werden sie in mächtigen Strömen der Produktion zugeleitet. Darin liegt ja eines der wichtigsten Kennzeichen unserer modernen Wirtschaft, daß die Produktion heute in ihrem Umfange nicht mehr auf das eigene Vermögen des oder der Produzenten beschränkt ist, sondern daß die Ersparnisse des ganzen Volkes sie tragen. Früher, als das Kreditwesen noch unentwickelt war, konnte nur ein reicher Mann einen Großbetrieb gründen; jetzt kann das Geld für einen Großbetrieb ebenso wie für viele kleinere Betriebe dadurch aufgebracht werden, daß zahlreiche kleinere Ersparnisse zusammenfließen. Der Umfang des Betriebes ist unabhängig von dem Vermögen des Betriebsleiters. Darin liegt ein ungeheurer Vorteil, denn dadurch wird die Produktion gesteigert und das Volk reichlicher mit Gütern ausgestattet. Der größere Teil der Gütererzeugung beruht heute auf den Krediten an die Produzenten. Das Verhältnis zwischen Schuldner und Gläubiger stellt sich infolgedessen in der heutigen Wirtschaft ganz anders dar als in jeder früheren. Früher waren stets die Reichen Gläubiger und Zinsempfänger. In Schuldknechtschaft befanden sich die kleinen Leute und zu ihren Gunsten wurden immer wieder Zinsentlastungen durchgeführt. Heute ist es vielfach anders. In der kapitalistischen Wirtschaft sind zunächst alle Sparer Gläubiger, von den Großen über die Mittleren zu den Kleinen und Kleinsten, alle Sparer, die ihr Geld bei der Sparkasse, der ländlichen Kreditgenossenschaft und bei ihrer Bank oder einem Bankier gegen bescheidene Zinsen anlegen. Alle diese Sparer würden also getroffen, wenn der Zinsfuß künstlich herabgesetzt wird. Die Entlastung des Mittelstandes von der Zinsschuld würde also mit einer Verminderung des Zinseinkommens für den gleichen Mittelstand auf-

gewogen. Was der eine Mittelständler gewinnt, verliert der andere. Andererseits würde die Entlastung nicht nur dem mittelständischen Schuldner zugute kommen, sondern allen Schuldnern, und zwar entsprechend dem Maß ihrer Verschuldung. Es ist eben heute vielfach so, daß die kleinen Leute, die Mittelständler, Beamten usw., die Gläubiger sind und die großen Fabrikbesitzer ihre Schuldner. Gerade die großen Fabriken sind manchmal mehr verschuldet, weil sie größere Sicherheiten bieten können und deshalb leichter Kredite bekommen. Ihnen würde die Zinssenkung in erster Linie zugute kommen, und zwar auf Kosten der kleinen und mittelständischen Sparer.

Die Banken nicht getroffen!

Die Banken werden durch die Zinssenkung aber überhaupt nicht getroffen, weil sie, wie gesagt, Zwischenhändler mit Geld, mit Ersparnissen sind. Jeden Stoß, den sie selbst empfangen, geben sie weiter. Wenn sie selbst niedrigere Zinsen von den Schuldnern erhalten, zahlen sie entsprechend niedrigere Zinsen an ihre Einleger weiter. Für sie kommt es eben nur auf die Zwischenhandelsspanne an, d. h. auf den Unterschied zwischen dem Zinsfuß, den sie für Kredite einnehmen, und dem Zinsfuß, den sie für die Einlagen gewähren. Gäbe es unter den Banken eine wirkliche Konkurrenz, so würde diese Zinsspanne herabgedrückt und würde nur noch ausreichen, um den notwendigen Verwaltungsapparat zu unterhalten und darüber hinaus ein mäßiges Einkommen zu erzielen. Einer der Gründe für die ungeheuere Machtstellung der Banken und ihren Reichtum liegt in dem Bankkartell, durch das sie die Zinsspanne vergrößern und ihren Gewinn erhöhen. Hier müßte man einsehen, wenn man die Banken treffen wollte. Und hier könnte man einsehen, ohne nachteilige Wirkung für die Produktion oder die Sparer befürchten zu müssen. Freilich ist das Bankkartell mindestens ebenso schwer zu treffen, wie alle die mächtigen Kartelle der Industrie. Wer die Privatwirtschaft grundsätzlich will, hat kein Mittel, zu verhindern, daß die Verkäufer auf gegen-

seitige Unterbietung verzichten und die Preise gemeinsam hochhalten.

Eine mindestens ebenso wichtige Quelle für den Reichtum ergibt sich aber auch aus einer anderen Tätigkeit. Sie entsteht am Aktienmarkt. Die Aktien der großen Gesellschaften werden nämlich dem Sparerpublikum immer erst dann angeboten, wenn die großen Steigerungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, wenn der Kurs also entsprechend der jeweiligen Dividende so hoch getrieben ist, daß derjenige, der die Aktien zum Börsenkurs kauft, nur noch die durchschnittliche Verzinsung erzielt. Dabei haben die Vorbesitzer und Gründer einer Aktiengesellschaft — unter diesen sind in der Regel immer dieselben wenigen Großbanken vertreten — durch die Kurssteigerung einen Kapitalgewinn von gewaltiger Größe erreicht. Dieser Gewinn ist in der Regel dem engsten Kreise der Beteiligten vorbehalten, weil Einblick in die Geschäftslage und die Geschäftsaussichten dazu gehören, wenn man die Kursentwicklung voraussehen will.

Auch keine noch so radikale Zinssenkung kann also die Banken treffen. Denn die Höhe der Zinsspanne und die Gewinne aus der Gründung von Aktiengesellschaften werden durch sie nicht berührt.

Neben den Sparern wird aber noch eine andere Gruppe von Gläubigern besonders schwer durch die Zinssenkung getroffen, die Versicherungsgesellschaften. Und zwar sowohl die staatlichen, die verschiedenen Arten der Sozialversicherung, wie auch die privaten, die Lebens-, Unfall- usw. Versicherungen. Denn sie legen die Einzahlungen der Versicherten als Kapital an, in Form von Krediten an die Wirtschaft, und bestreiten aus den Zinsen ihre Auszahlungen im Versicherungsfall. Die größte Rolle unter ihnen spielen die Anstalten der öffentlichen Invalidenversicherung, mit den Milliarden-Beträgen der von ihnen verwalteten Gelder. Es ist klar, wie stark an dem Schicksal dieser Gelder der größere und ärmere Teil des deutschen Volkes interessiert ist. — Es gibt aber auch Millionen deutscher Volksgenossen, die der Sozialversicherung nicht unterstehen und die bestimmt kein nennenswertes Vermögen haben, auf das sie sich im Alter

stützen könnten. Deshalb suchen sie sich durch freiwilligen Einkauf in eine Lebensversicherung zu schützen. Die jährlichen Einzahlungen werden nun von den Versicherungsgesellschaften langfristig auf Zinsen ausgeliehen, um die Versicherungsleistungen möglich zu machen. Das ganze Gebäude der deutschen Versicherungswirtschaft müßte daher durch eine Zinsbeschneidung über den Haufen geworfen werden. Der größte Teil des deutschen Volkes, selbständiger Mittelstand, Angestellte, Kleinrentner und Arbeiter, würde zu seinem Schaden in seinem Recht und verbrieften Anspruch verletzt. Es ist Geschmacksache, ob man das schlimmer finden will im Fall einer freiwilligen Lebensversicherung oder im Falle der staatlich erzwungenen Beitragszahlung aus Lohn und Gehalt zur sozialen Versicherung. Jedenfalls kann das nicht der Sinn und das Ziel einer künstlichen Zinssenkungsaktion sein. Es ist aber untrennbar, wie wir gesehen haben, mit ihr verbunden.

Welche Folgen einer künstlichen, durch politische Gewalt bewirkten Zinssenkung haben wir nun kennengelernt?

1. Die Kapitalien werden vom Kreditmarkt vertrieben, teils ins Ausland, teils auf den Aktienmarkt zugunsten entweder der Großunternehmungen oder der Börsenspekulation, in Wirklichkeit also vermutlich mit vorteilhaften Folgen für beide Gruppen.
2. Die Banken werden dadurch nicht getroffen, weil sie keineswegs an der absoluten Höhe des Zinsfußes, sondern ausschließlich an der Zinsspanne und an dem Kapitalgewinn bei der Aktienausgabe interessiert sind.
3. Getroffen werden vielmehr alle großen und kleinen Sparer, vor allem die kleinen, und ganz besonders die, die in der Form der Versicherung, teils freiwillig, teils gezwungen, sparen.
4. Die Kleinen und Wehrlosen würden also getroffen, während die Großen den Stoß entweder weitergeben oder — die Aktiengesellschaften — den Nutzen davon haben.

Das sieht doch nun ganz anders aus als die Versprechungen, mit denen wirtschaftlich ungeschulte Kräfte

ihren Zinssenkungsplan in die Massen hinausposaunen. Die künstliche Zinssenkung sollte angeblich die Wirtschaft beleben und die Not der Massen lindern. In Wirklichkeit verschärft sie die Krise, weil sie das ganze Wirtschaftsleben ins Stocken bringt und weil sie gerade die Massen und die minderbemittelte Bevölkerung in ihrem Einkommen trifft.

Während die Großbanken von der Zinssenkung nicht getroffen werden und ungestört weiter verdienen können, würde sie für die große Masse des deutschen Volkes lediglich die Wirkung haben, daß viele den Hungerriemen noch um ein Loch enger schnallen müßten.

Künstliche und natürliche Zinssenkung

Natürlich wird kein vernünftiger Mensch bestreiten, daß eine Zinssenkung eine entschiedene Wohltat für die deutsche Volkswirtschaft bedeuten würde. Sie muß mit allen sachgemäßen Mitteln angestrebt werden. Aber eben mit sachgemäßen und nicht mit unüberlegten und schädlichen. Und deshalb müssen wir fragen: Gibt es sachgemäße Wege, um zu einer Zinssenkung zu gelangen? Es gibt nur einen, nämlich zunehmende Spartätigkeit oder, was gleichbedeutend ist, Zunahme des der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitals. Das ist auch der grundsätzliche Unterschied zwischen einer künstlichen und einer wirtschaftlich natürlichen Zinssenkung. Eine natürliche Zinssenkung wird dadurch herbeigeführt, daß Kapital reichlicher gebildet, Kredit somit reichlicher angeboten wird. Die Zinssenkung ist dann der Ausdruck der wachsenden Kapitalversorgung, der wachsenden Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Wer den Zins mit politischen Mitteln senken will, handelt wie ein Kurpfuscher, der die einzelnen Symptome behandelt, aber nicht die Krankheit selbst. Die künstliche Zinssenkung doktert am Zinsfuß herum, ohne auf die Ursache des hohen Zinsfußes, die Kapitalarmut und das geringe Angebot an Krediten, einzugehen. Und deswegen führt sie auch nicht zum Ziel, genau so wenig, wie man eben

eine Lungenentzündung mit Hustenbonbons ausheilen kann. Deswegen führt sie auch das Gegenteil dessen herbei, was sie eigentlich bewirken wollte. Die künstliche Zinssenkung verkleinert das Kreditangebot noch weiter, während es doch an sich schon so klein ist, daß eben ein hoher Zinsfuß sich herausbildet. Die natürliche Zinssenkung ist durch vermehrte Kapitalbildung, durch gesteigerte Spartätigkeit, durch reichlicheres Kreditangebot herbeigeführt. Die Zahl der Sparer, die ihr Geld auf Zins ausleihen will und kann, wird größer, die Summen, die der einzelne Sparer ausleiht, steigen, die Sparer machen sich gewissermaßen gegenseitig Konkurrenz, denn jeder will zunächst natürlich sein Spargeld zinsbringend anlegen. Wir wissen aber aus Erfahrung, daß jeder Konkurrenzkampf die Preise drückt. Der Preis für geliehenes Geld ist der Zins. Verstärkter Konkurrenzkampf der Geldausleiher, nämlich der Sparer, führt also naturnotwendig dazu, daß der Preis des Geldes, der Zins, allmählich sinkt.

Bei natürlicher Zinssenkung wird auch der Aktienmarkt nicht auf Kosten des Darlehensmarktes belebt; der Zuwachs an Spargeldern, der die natürliche Zinssenkung auslöst, verteilt sich gleichmäßig auf beide Märkte. Zunächst zwar würde der Zinsfuß auf dem Kreditmarkt durch reichlicheres Kreditangebot gesenkt, so daß man vermuten müßte, die Sparer würden sich nun doch mit ihren Geldern dem Aktienmarkt zuwenden, wo die Profitaussichten besser sind. Da aber das reichlichere Kreditangebot dazu führen würde, daß nunmehr auch die Aktiengesellschaften und die Einzelunternehmer ihre Produktion vergrößern könnten, würde bald die Fülle der sich häufenden Produkte zu Konkurrenzkämpfen auf dem Warenmarkt und damit zu einem Preisabbau führen. Je mehr Ware angeboten wird, desto rascher sinken die Preise. Je stärker der Preisabbau sich auswirkt, desto geringer ist der prozentuelle Gewinn der Warenerzeuger, also vor allem der Aktiengesellschaften, die in unserer industriellen Gütererzeugung vorherrschen. Das Erträgnis der Aktiengesellschaften würde zurückgehen, mit ihm die Dividende, und damit wäre dem verringerten Kreditzins entsprechend der Aktienvertrag ermäßigt und der Ausgleich wieder hergestellt.

Die Gesamtheit der Empfänger von Zinsen und Dividende würde durch diese natürliche Senkung der Kreditzinsen und Dividendenerträge auch nicht ärmer, weil sich eben die vorhandenen Kapitalien vermehrt haben. Das Gesamtzinsseinkommen aus dem steigenden Gesamtvermögen bleibt gleich oder steigt vielleicht noch, obwohl der Prozentsatz fällt. Zu leiden hätte lediglich derjenige, der nicht durch Sparsamkeit sein Vermögen entsprechend vermehrt hat und nun weniger Zinsen empfängt.

Nun könnte zwar wieder das Ausland die niedrigere inländische Verzinsung zum Anlaß nehmen, um Gelder zurückzuziehen. Aber auch dieser Fall ist jetzt ganz anders zu werten als bei künstlicher Zinssenkung, weil der ausländische Kapitalentzug leichter zu tragen ist, wenn die inländische Kapitalbildung wächst. Diese vermehrte inländische Kapitalbildung aber ist ja die Ursache der natürlichen Zinssenkung.

Von all dem ist bei künstlicher Zinssenkung keine Rede. Denn sie soll ja gerade in Zeiten der Kapitalarmut und des dadurch bedingten höheren Zinsfußes eintreten. Aber sie steigert durch ihre eigenen Wirkungen noch die Kapitalarmut und schwächt das Kreditangebot, weil sie, wie wir gesehen haben, das Kapital vom Kreditmarkt regelrecht vertreibt. Darin liegt zugleich die entscheidende Feststellung hinsichtlich des Schicksals der Kreditnehmer, vor allem der Schwächeren unter ihnen. Sie sollen zwar die Ware „Kredit“ zu billigeren Preisen bekommen. Aber während mit den billigeren Preisen sonst ein reichlicheres Angebot verbunden ist, steht von dem künstlich verbilligten Kredit nun noch weniger als bisher zur Verfügung. Wer von den verringerten Kreditmengen etwas erhält, mag Vorteile haben. Den Schaden hat die große Masse der anderen Kreditnehmer, die nichts erhält oder weniger, als sie bei reichlicherem Kreditangebot erhalten könnten.

Das ist aber nur der erste Schritt. Weil der neue Zinsfuß künstlich festgesetzt ist, lassen nunmehr Angebot und Nachfrage auf dem Kreditmarkt ohne Ausgleich auseinander. Jeder freie, natürliche, nicht durch politische Mittel erzwungene Preis gleicht Angebot und Nachfrage aus. Nun

wird durch künstliche Verbilligung des Zinsfußes aber nicht nur das Kreditangebot verkleinert, sondern zugleich der Kreis der Kreditnehmer vergrößert. Denn wenn eine Ware teuer ist, so können nur wenige sie kaufen. Und alle, die sie nicht bezahlen können, richten sich auf die Tatsache ein, daß sie nichts abbekommen werden. Bei dem höheren Zinsfuß fehlte für viele der Anreiz, Gelder aufzunehmen, weil sie sie doch nicht hätten verzinsen können. Bei niedrigerem Zinsfuß bekommen sie Lust und Möglichkeit, Kredite aufzunehmen. Die künstliche Zinsverbilligung verkleinert also das Angebot und vergrößert die Nachfrage am Kreditmarkt. Wie wirkt sich das aus?

Da das Kreditangebot zu knapp ist, um alle bei diesem Zinsfuß Kreditnehmenden zu befriedigen, so muß es, wie man in der Kriegszeit so schön sagte, rationiert werden. Es gibt also nur Portionen aus dem Kreditangebot, genau nach dem Vorbild der Lebensmittelverteilung im Kriege — und mit den entsprechenden Folgen. Ja, man kann zwar die Brot- und Milchration für den Kopf der Bevölkerung grundsätzlich und künstlich feststellen, aber nicht die Kreditration. Denn jeder Betrieb ist in verschiedenem Grad kreditbedürftig und kreditwürdig. Man kann auch nicht festsetzen, daß alle angemeldeten Kreditansprüche in gleichem Prozentverhältnis befriedigt werden sollen. Denn dann würde mehr Kredit angefordert, als tatsächlich gebraucht wird, damit die prozentuale Zuteilung auf den angemeldeten Bedarf den tatsächlichen Bedarf vollständig deckt. Natürlich würde die Überforderung verschieden groß sein, und die Zurückhaltenden, Anständigen und Wahrheitsliebenden hätten wieder einmal den Schaden. Vor allem aber eins: Wer will die Kreditrationierung handhaben?

Die Verteilung der Kredite

Dafür kommen entweder die bisherigen großen Kreditinstitute in Frage, also die Banken, oder neu zu schaffende behördliche Stellen. In dem nationalsozialistischen Antrag zur künstlichen Zinsenkung ist über diese Frage nichts gesagt, weil

eben die Antragsteller gar nicht so weit gedacht und die unausbleibliche Kreditrationierung nicht vorausgesehen haben. Ginge es nach diesem Antrag, so würde es bei der bisherigen Organisation der Kreditverteilung bleiben, d. h. die Banken würden entscheiden, wer und wieviel einer von dem verringerten Kreditangebot erhalten soll. Ihre Macht würde dadurch nur noch weiter steigen. Soll das verhindert werden, so müßten neue behördliche Stellen, müßte ein neuer großer Beamtenapparat geschaffen werden, der dann die Macht hat, über Wohlfahrt oder Zerstörung zahlloser kleiner Existenzen zu entscheiden. In jedem der beiden Fälle würden bald die „Verbindungen“ und Protektionen eine ausschlaggebende Rolle bei der Kreditverteilung spielen. Unsere ganze Geldwirtschaft würde zu einer Protektionswirtschaft entarten, und Protektionswirtschaft ist immer die Vorstufe der Korruptionswirtschaft. Kreditschleichhändler würden das Land überziehen, und so, wie sie im Kriege hinten herum mit Fleisch und Butter handelten, so würden sie jetzt die „Ware“ Kredit ausbieten, aber wie jeder Schleichhandel zu einem höheren als dem gesetzlichen Preis, zu höherem Zinsfuß also. Und wie es im Krieg genug Menschen gegeben hat, die das über- teuerte Schleichhandelsfleisch kauften, wird es genug geben, die heimlich dem Geldschleichhändler den höheren Zins bezahlen, um überhaupt nur Kredit zu bekommen. Das ganze Zinsenkungssystem wäre damit durchlöchert.

Daneben müssen wir uns noch eine andere Frage vorlegen. Wer soll und wird in einer gut funktionierenden Volkswirtschaft die vorhandenen Kredite bekommen, vor allen in Zeiten, in denen das Kreditangebot gering ist? Es ist ja für die Allgemeinheit schließlich nicht gleichgültig, ob ein Fabrikant, der gute und billige Waren herstellt, dessen Betrieb gesund ist, die Kredite bekommt, oder ob sie irgendeinem Beutelschneider gegeben werden, an dessen wirtschaftlicher Forteristenz die Allgemeinheit kein Interesse hat.

Heute werden in Deutschland nun verhältnismäßig wenige Kredite angeboten. Daher können auch nur wenig Kreditbedürfnisse befriedigt werden. Der freie, durch keine politische Gewalt beeinflusste Zinsfuß steht bei geringem Kreditangebot

höher und die Kredite können nur demjenigen zugeteilt werden, der den hohen Zins bezahlen kann. Das ist ein grausames Auswahlprinzip, aber gerade diese Auswahl unter den Produzenten ist vielfach sinnvoll vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus. Denn wer kann den hohen Zins für das Darlehn bezahlen? Derjenige, der durch die Verwendung des Darlehns in seinem Betrieb einen hohen Gewinn erzielt. Und wer erzielt einen hohen Gewinn? Derjenige, dessen Erzeugnisse stark begehrt werden. Drei verschiedene Möglichkeiten können unterschieden werden: Entweder handelt es sich um eine Ware, die gerade der Kreditnehmer in besonders guter Qualität herstellt, so daß er starken Absatz hat und viel verdient. Oder eine bestimmte Warensorte erweist sich als ganz besonders zweckmäßig für die Bedürfnisse der Verbraucher. Dies stellt sich aber erst allmählich heraus. Und so wird diese Warensorte bisher in zu geringer Menge produziert. Infolgedessen steht der Preis dieser Ware hoch, und wer einen Betrieb, der diese Ware herstellt, erweitern oder neu eröffnen will, kann viel verdienen und daher auch die teureren Darlehn aufnehmen. Wieder ist es berechtigt, den Kredit demjenigen zu gewähren, der hohen Zins tragen kann.

Der dritte Fall liegt entgegengesetzt. Zwar ist auch hier das Verlangen nach einer Ware stark und der hohe Preis bringt dem Produzenten Gewinn. Aber der Preis steht deswegen hoch, der Bedarf ist deswegen so stark, weil die Produktion durch künstliche Mittel eingeschränkt wird. Der Produzent bringt also absichtlich weniger Waren auf den Markt, als eigentlich gebraucht werden und als er produzieren könnte. Das ist der bekannte Fall der Ausbeutung der Verbraucher durch die monopolistischen Kartelle oder Trusts der Großindustrie. Dieser Schaden beschränkt sich übrigens nicht auf knappe und teure Versorgung der Verbraucher. Denn auch diese Betriebe gehören zu denen, die infolge ihres hohen Gewinns Kredit zu hohen Zinsen aufnehmen können und auch aufnehmen. Sie ziehen einen Teil des gesamten Kreditangebots an sich, mit der Folge, daß für die anderen nur noch weniger Gelder übrigbleiben. Wenn nun wenigstens die

Monopolwaren reichlicher hergestellt und angeboten würden, so daß der Preis sinkt und der Monopolgewinn in Wegfall käme! Aber die Unsinnigkeit des Systems überschlägt sich. Es werden aus den neu herangezogenen Geldern zwar neue Betriebe eröffnet und die bestehenden erweitert. Aber die Produktion soll ja hinter dem Bedarf zurückbleiben, weil sonst die Preise und Gewinne fallen würden. Und so bleibt die vergrößerte Produktionsmöglichkeit einfach unausgenutzt. Das Kapital ist also in eine volkswirtschaftlich falsche Bahn gelenkt worden: Man hat es verwandt, um mit Arbeit und Rohstoff produktive Anlagen zu errichten, die nun stillliegen. Wenn also Geld knapp und teuer ist, so können gerade auch Kartell- und Trustmitglieder den hohen Zinsfuß bezahlen.

Wo steckt der Fehler?

Ein Vergleich zwischen den beiden ersten Fällen und dem dritten Fall lehrt aber, daß der Fehler nicht in der Höhe des Zinsfußes liegt, sondern im Monopol. Und deshalb darf man nicht die Höhe des Zinsfußes angreifen, sondern muß sich gegen das Monopol wenden. Greift man aber die Höhe des Zinsfußes an, so wird zwar auch die Kreditgewährung an das Monopol getroffen, weil zu dem niedrigen Zins nun auch andere Produzenten lohnend arbeiten können, Kredite aufnehmen und mit ihnen ihre Produktion erweitern. Aber die leistungsfähigen und kreditwürdigen Unternehmer bekommen auch weniger Kredite, obwohl sie im volkswirtschaftlichen Interesse größeren Anspruch darauf haben als die volkswirtschaftlich schädlichen Monopolunternehmen. Das ist ja gerade eine der Folgen der künstlichen Zinssenkung, daß sie auch schlechter geleiteten Unternehmungen Kredite beschafft und daher für die guten weniger übrig läßt. Den Schaden hat die Volkswirtschaft, die nun schlechter versorgt wird, zumal auch die guten Unternehmungen sich nicht mehr so wie früher anstrengen werden, da es ihnen ja doch nicht viel nützt. Wir haben jetzt sämtliche Folgen der künstlichen Zinssenkung erörtert und wollen sie noch einmal zusammenfassen: Das Angebot an Krediten wird kleiner, die Gelder strömen

zum Aktienmarkt, zum Nutzen der Aktiengesellschaften und der Spekulation. Die Auslandsgelder werden zurückgezogen, die bisher mit ihnen versorgten Unternehmungen müssen nun auch deutsche Kredite beanspruchen, so daß für die anderen noch weniger übrig bleibt. Andererseits werden durch die künstliche Zinssenkung mehr Unternehmen instand gesetzt, sich um Kredite zu bewerben. Dem verkleinerten Angebot tritt also eine vergrößerte Nachfrage gegenüber. Rationierung der Kredite wird erforderlich. Infolgedessen wächst die Macht der Banken oder der neu eingerichteten behördlichen Kreditverteilungsstellen, die die Kredite willkürlich verteilen, weil ja nun nicht alle Gesuche befriedigt werden können. Die Versorgung mit den knappen Krediten beschränkt sich nicht auf die Gruppe Unternehmungen, die einen höheren Zins zahlen könnten; auch schlechtere Unternehmungen erhalten Anteil an den Krediten, die guten erhalten daher weniger und die Güterversorgung wird infolgedessen weiter verschlechtert. Die Banken aber werden überhaupt nicht getroffen, sie geben den Stoß, den sie empfangen, weiter.

II. Brechung der Zinsknechtschaft — neue Inflation!

Die künstliche Zinsenkung soll aber nur eine unvollständige Notmaßregel sein, die die Nationalsozialisten sogar dem jetzigen Reichstag glauben zumuten zu können. Endgültiges Ziel ist natürlich die vollständige Brechung der Zinsknechtschaft. Sie ist das „Herzstück des nationalsozialistischen Programms, die stählerne Achse, um die sich alles dreht“.

Ziel ist nach Gottfried Feder die „Befreiung des Staates und damit des Volkes aus seiner zinspflichtigen Verschuldung gegenüber dem Großkapital“. Das soll erreicht werden dadurch, daß der Staat „die Geldbeschaffung für alle großen öffentlichen Aufgaben (Ausbau der Wasserkräfte, Verkehrswege) unter Vermeidung des Anleiheweges durch die Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine bzw. auf bargeldlose Weise durchführt“.

Für den Bau solcher produktiven Werke soll also „die betreffende Reichs- oder Staatsbank eine Reihe von neuen Banknoten ausgeben, mit dem besonderen Vermerk, daß diese neuen Noten ihre Deckung — und zwar ihre volle Deckung — in dem Zug um Zug neu entstehenden Werk finden. . . . Mit diesem Zusatzgeld wird gebaut, die Noten sind, wie die anderen, gesetzliche Zahlungsmittel. Ist dann das Werk vollendet, dann wird gegen dieses Geld Stickstoff oder Elektrizität geliefert und in wenigen Jahren können die verausgabten Noten wieder vereinnahmt sein und vernichtet werden.“

Feders Ausrede

Feder will sich so vom Vorwurf der Inflationsmacherei reinigen. Er sagt: „Das leichtfertige Papiergeld drucken ohne

Schaffung neuer Werte bedeutet — wir haben es alle erlebt — Inflation. Das läßt aber den folgerichtigen Schluß zu, daß eine Ausgabe von Staatskassengutscheinen keine Inflation hervorrufen kann, wenn neue Werte geschaffen werden.“

Demgegenüber muß zunächst einmal festgestellt werden, daß einige Jahre hindurch der Bau des Werkes durch immer weiteren Notendruck finanziert wird. Die Baukosten werden also mit neuen Noten bezahlt. Nachdem das Werk in Betrieb genommen ist, dauert es nur noch „wenige Jahre“ bis zum Rückfluß und zur Vernichtung der neuen Noten.

„Wenige Jahre“ hindurch werden für den Bau des neuen Werkes neue Noten ausgegeben, ohne daß während dieser „wenigen“ Jahre mit diesem neuen Geld bereits neue Güter bezahlt werden!

Denn die Bezahlung erfolgt doch an die Arbeiter und an die Besitzer der Rohstoffe. Beide würden aber nach Überwindung der Arbeitslosigkeit auch mit dem bereits vorhandenen Geld beschäftigt. Drückt man für ihre Bezahlung neues Geld, so ist das der Anfang einer Inflation. Es ist auch falsch, dagegen einzuwenden, daß diese Arbeiter doch neue Werte herstellen. Denn jeder Arbeiter stellt in jeder Arbeitsstunde immer neue Werte her, ohne daß dadurch die Ausgabe neuen Geldes gerechtfertigt würde. Und die Vertröstung darauf, daß nach „wenigen Jahren“ aus dem so errichteten Werk neue Erzeugnisse gewonnen werden, die nun mit dem neuen Geld bezahlt werden, geht stillschweigend über die Übergangszeit hinweg. Bis dahin vergehen eben einige Jahre. Die ganze deutsche Inflation der Nachkriegszeit hat doch auch nur „wenige Jahre“ gedauert. War sie deswegen nicht auch Inflation?

Dem verfehlten Plan liegt eine richtige Vorstellung zugrunde. Wenn der Schaffung des neuen Geldes die Schaffung entsprechend vieler neuer Güter gegenübersteht, so ist gewissermaßen das neue Geld mit der Bezahlung der neuen Güter beschäftigt und kann daher die Preise der alten Güter nicht in die Höhe treiben. Umgekehrt, wenn nur neues Geld, aber keine neuen Güter geschaffen werden, so ist im

ganzen mehr Geld vorhanden, um eine gleichgebliebene Menge von Gütern zu kaufen. Es wird also für jedes Gut mehr Geld angeboten. Die Preise steigen. So aber stehen die Dinge während der „wenigen Jahre“, in denen der Bau des neuen Werkes im Gang ist. Der Rohbau wächst zwar, aber neue Güter liefert er erst in „wenigen Jahren“, während das Geld schon heute die Preise in die Höhe treibt. Denn das neue Geld geht sofort an die Lieferanten und an die Arbeiter, die es heute und jeden Tag zum Kauf von Gütern benötigen und benötigen müssen, weil sie nicht damit warten können, bis das neue Werk neue Güter liefert.

Was Feder vergessen hat!

Das neue Geld ist nach dem Federschen Plan durch das Zug um Zug neu entstehende Werk voll gedeckt. Das ist aber wieder kein Einwand gegen den Inflationscharakter des neuen Geldes. Wir müssen hier sehr genau und sorgfältig beachten: Es genügt nicht, neue Güter im gleichen Betrage mit dem neuen Geld zu schaffen, vielmehr muß die Gütermenge im gleichen Verhältnis wie die Geldmenge vermehrt werden, wenn eine Preissteigerung vermieden werden soll. Ein Geldstück kauft nicht bloß eine Ware, sondern ein Geldstück kauft bald eine zweite und dann eine dritte und immer weitere Waren. Der Fabrikant bezahlt damit die Arbeitskraft seines Arbeiters, der Arbeiter geht mit dem gleichen Geldstück zum Bäcker und kauft Brot. Der Bäcker nimmt wieder das gleiche Geldstück, trägt es zum Schuhmacher und bezahlt seine Schuhe. Dieser nimmt das Geldstück endlich, um es dem Schneider für seine Kleidung zu geben. Jedesmal bezahlt das Geldstück denselben Betrag. Im Laufe seiner Wanderung durch die vielen Hände bezahlt es also ein vielfaches seines eigenen Wertbetrages. Wenn in einer gewissen Zeitspanne Güter im Betrage von 100 Millionen Mark zum Verkauf stehen und jedes Geldstück in dieser Zeitspanne zehnmal benutzt wird, so braucht man eine Geldmenge von insgesamt 10 Millionen Mark, um nacheinander 100 Millionen

Mark zu bezahlen. Die Geldmenge darf also immer nur einen Bruchteil der vorhandenen Gütermenge betragen, je nach der Häufigkeit der Geldbenutzung. Auch das hier geschaffene neue Geld kauft nicht nur eine Ware, sondern der Staat gibt es an den Arbeiter, und der wieder an den Fleischer, und der etwa an den Schuster usw. Es genügt also nicht, daß neue Güter im gleichen Wertbetrag mit dem neuen Geld geschaffen werden, denn diese Güter werden nur einmal verkauft, das Geld aber kauft häufig immer wieder Güter im gleichen Betrage. Die Gütervermehrung müßte also ein Vielfaches der Geldvermehrung ausmachen, damit das alte Verhältnis zwischen Geldmenge und Gütermenge ungestört bleibt. Sonst steigen die Preise.

Wir haben gesehen, daß bei zehnmaliger Nacheinanderbenutzung in einer bestimmten Zeitspanne 10 Millionen Mark für 100 Millionen Mark Güter kaufen. Würden nun für 50 Millionen neue Güter geschaffen und dafür ebensoviel neues Geld hergestellt, so würden sich die Preise vervierfachen. Denn es gibt nun insgesamt für 150 Millionen Mark Güter und 60 Millionen Mark Geld mit zehnfacher Benutzung. Darüber hinaus ist es eine alte Erfahrung, daß gerade in Zeiten der Preissteigerung das Geld viel schneller von Hand zu Hand geht. Die Preissteigerung würde also auch noch dadurch verschärft. Gerade weil man nur ebensoviel neue Güter wie neues Geld geschaffen hat, wäre die Inflation da.

Und wie wäre es nun mit der Goldwährung? Jede Veränderung der Güterpreise beeinflusst unseren Außenhandel. Wenn in Deutschland die Preise steigen, während sie im Ausland gleichbleiben, dann kauft das Ausland weniger Güter bei uns und andererseits wächst die Neigung in Deutschland, die billigeren Güter des Auslandes zu beziehen. Die Ausfuhr bleibt gering, die Einfuhr wächst, und der Einfuhrüberschuß kann nur durch Abgabe von Gold an das Ausland bezahlt werden. Wenn diese Bewegung „wenige Jahre“ anhält, so ist unsere ganze Golddeckung längst dahin, bevor die neuen Werke in Betrieb kommen.

Der große Irrtum

Aber der Feder-Man selbst beruft sich gar nicht auf die Golddeckung, sondern auf die Deckung der neuen Noten durch die neuen Werke, die gleichzeitig emporschossen. Hier spukt eine falsche Vorstellung von der Aufgabe einer Deckung.

Immer wieder glauben die Menschen, bei der Goldwährung seien die Noten dadurch gesichert, daß irgendwo ein Haufen Gold liegt. Haben doch auch die Männer der Französischen Revolution geglaubt, sie könnten neues Papiergeld ausgeben, weil als Deckung dafür die konfiszierten Besitzungen der Kirche und des Adels bereitstanden. Aber diese Deckung hat nicht verhindert, daß sich das Revolutionsgeld auf den zweihundertsten Teil entwertete. Und in der gleichen Weise soll nun auf neue Kraftwerke neues Geld ausgegeben werden. Aber das Wesen der Goldwährung liegt nicht darin, daß irgendwo ein Haufen Gold ruht, sondern in dem Recht des Noteninhabers, sich jederzeit von diesem Haufen Gold entsprechend seinem Notenbesitz einen Teil wegzuholen. Nicht das Vorhandensein des Goldes, sondern das Zugriffsrecht des Noteninhabers gegenüber jenem Gold, das ist das Entscheidende. Wenn der Noteninhaber an der Vollwertigkeit seiner Noten zweifelt, so kann er ihre Einlösung in Gold verlangen. Er gibt also Noten zurück. Dadurch verringert sich die Anzahl der Noten und ihr Wert steigt. Die Inhaber des französischen Revolutionsgeldes konnten ihre Geldscheine nicht zurückgeben, um dafür Landbesitzungen in Empfang zu nehmen, und die Inhaber des neuen Feder-Geldes sind nicht in der Lage, es in ein Stück Kanal oder in ein Stück Straße einzulösen. Feder hat also die besondere Aufgabe der Goldwährung nicht erkannt.

Der Umfang der verschiedenen Wirkungen hängt natürlich von dem Umfang der verschiedenen Bauten ab, die durch den Druck des zusätzlichen Feder-Geldes finanziert werden sollten. Man könnte sagen, daß es so schlimm nicht werden kann, wenn es sich nur um ein neues Kraftwerk handelt. Aber der Vorgang ist doch nicht als ein einmaliger gedacht, sondern

soll sich in breiter Front immer wiederholen. Wenn nach „wenigen Jahren“ endlich neuer elektrischer Strom oder neuer Stickstoff dem schon lange benutzten neuen Geld gegenübersteht, so ist inzwischen der Bau weiterer Großunternehmungen mit den gleichen Finanzierungsmethoden in Angriff genommen. So eilt die Geldschaffung der Güterschaffung dauernd voraus. Jeder hat ja auch ausdrücklich verkündet, daß mit den gleichen Methoden der Wohnhausbau dauernd finanziert werden soll, nämlich durch Ausgabe von Bau marktscheinen, „die ihre Deckung in den neu gebauten Häusern finden sollen“.

Noch ein Einwand!

Alle diese Einwände finden sich bereits bei der ersten Betrachtung. Wir wollen aber nun noch eine andere, etwas tiefere Überlegung anstellen, die nicht den einzelnen Wirtschaftszweig für sich betrachtet, sondern den Zusammenhang aller in den gemeinsamen Grenzen der Volkswirtschaft. Diese Grenzen werden durch das Gesamtangebot von Arbeitskräften und von Rohstoffen in der Volkswirtschaft gebildet. An diesen Grenzen wird durch den Bau von Wohnhäusern oder Kraftwerken aus zinslosem Darlehn nichts geändert, geändert wird immer nur das Maß, nach dem einzelne Gebiete der Gütererzeugung mit Rohstoffen und Arbeitskräften aus dem gemeinsamen Vorrat bedacht werden. Wenn zum Beispiel der Wohnungsbau durch zinslose Darlehn in Schwung gebracht wird, so hat das die Folge, daß er Arbeitskraft und Rohstoffe in Anspruch nimmt, die sonst anderweitige Verwendung finden könnten. Um sie der anderweitigen Verwendung zu entziehen, müßte der Wohnungsbau einen höheren Lohn und Preis bieten, und er kann das auch tun, weil das nötige Geld ihm zinslos zur Verfügung steht. So treibt auch der Wohnungsbau mit zinslosen Geldern die Löhne und sonstigen Kosten der Volkswirtschaft in die Höhe, und es wird auch von dieser Seite sichtbar, daß wir damit in eine Inflation hineinsteuern.

Zinsknechtschaft trotz Federgeld!

Ganz abgesehen von der Fehlerhaftigkeit der Feder-Pläne wollen wir nun auch fragen, wessen Zinsknechtschaft eigentlich auf diesem Wege gebrochen werden soll. Das ganze Feder-Programm bezieht sich ausschließlich auf öffentliche, staatliche und gemeindliche Bauten, wie die Errichtung von Kraftwerken oder Wohnhäusern. Grundgedanke ist die Münzhohheit des Staates, dem allein das Recht zusteht, Geld zu schaffen und der davon einen vernünftigen Gebrauch machen soll. Wenn der Staat seine Bauten mit zinslosen Geldern bezahlt — immer abgesehen von den eben erklärten Fehlern des Planes — so ist seine Zinsknechtschaft gebrochen. Die Steuerzahler haben in der Tat weniger Steuern aufzubringen, da der Staat keine Zinsen mehr zu zahlen braucht. Aber die unmittelbare Zinsknechtschaft der Privaten, des Mittelstandes und der Bauern gegenüber ihren Geldgebern bleibt bestehen. Ihnen will nicht einmal Feder das Recht geben, neues Geld zu drucken und damit die Kosten für die Einrichtung eines neuen Betriebes zu decken. Was soll aus ihnen werden?

Vielleicht könnte der Staat als Herr der Münzhohheit auch dem Mittelstand zinsloses Geld zur Verfügung stellen, wenn damit neue Produktionsbetriebe errichtet und neue Güter geschaffen werden. Es gibt keinen Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen, der die Bevorzugung der öffentlichen mit zinslosen Krediten rechtfertigen würde. Entweder also, man behält diesen Vorteil den öffentlichen Betrieben vor; dann verursachen diese eine Inflation, und die Zinsknechtschaft der Privaten wäre trotzdem nicht gebrochen. Oder aber, man gewährt auch der Privatwirtschaft zinslosen Kredit. Die Nachfrage danach wäre natürlich unbegrenzt, weil jeder einzelne sehr viele gute und produktive Verwendung für Geld weiß, wenn er es zinslos erhält. Alle diese einzelnen sind aber mit ihrem Plan zur Schaffung neuer Güter immer auf den gleichen Gesamtvorrat von Arbeitskräften und Rohstoffen angewiesen und müssen ihn unter sich verteilen. Jeder einzelne versucht

also, dem anderen Arbeitskraft und Rohstoffe zu entziehen, und er kann das tun, weil ihm das dazu nötige Geld keine Zinsen kostet. Und warum sollen die Arbeiter sich nicht auch selbständig machen und ebenfalls zinslosen Kredit in Anspruch nehmen? — So hätte zwar niemand Zinsen zu zahlen, dafür aber wäre die Inflation ungeheuerlich, weil eben viel zu viel neues Geld ausgegeben wird. Das Ende mit Schrecken wäre in kürzester Zeit da.

Man kann eben nicht die ganze Privatwirtschaft beibehalten und eines ihrer wesentlichen Merkmale, die Verzinsung der Kredite, beseitigen. Alle Gütererzeugung muß sich doch in den Rahmen einreihen, der durch die Versorgung der gesamten Volkswirtschaft mit Arbeitskräften und Rohstoffen gezogen ist. Die Ansprüche der einzelnen Produktionszweige und Betriebe an diesen Vorrat müssen gegeneinander abgegrenzt werden. Das besorgt in der heutigen Wirtschaft der Zins. Niemand kann unbegrenzten Kredit nehmen und damit Rohstoffe und Arbeitskräfte kaufen, weil das eben Zinsen kostet. Beseitigt man den Zins, so gibt es keine Grenzen für die Kreditansprüche und damit für die Ansprüche des einzelnen an den Gesamtvorrat von Rohstoffen und Arbeitskräften. Löhne und Preise würden unbegrenzt steigen und wir erlebten eine ungemessene Inflation. Stellt man nur die öffentlichen Bauten zinslos her, so ist die Inflation entsprechend geringer, aber sie ist doch noch als fortschreitende Inflation vorhanden bei gleichzeitiger Fortdauer der privaten Zinsknechtschaft. Will man keine Zinsbelastung, so bleibt in Wahrheit nur übrig, daß eine sozialistische Wirtschaftsordnung zentral den einzelnen Betrieben Arbeitskräfte und Rohstoffe zuteilt.

In der Privatwirtschaft aber kann man den Zins weder senken noch ganz beseitigen; man würde sonst Wirkungen heraufbeschwören, denen gegenüber die Zinsknechtschaft den Menschen als ein paradiesischer Zustand erscheinen würde.